

Inhalt

Fusion	2
Hochschulpolitik	4
Präsidiumsbeschlüsse	5
Kurzberichte	5
Forschung	9
Vorträge	10
Veranstaltungen	11
Personalia	12
Universitätsbibliothek	13
Studentenwerk	13
Impressum	3

Gremientermine

14.07.04	FBR (Beschlussfassung Veranstaltungsangebot)
21.07.04	Senat
<i>vorsorgliche Termine</i>	
08.09.04	FBR
15.09.04	EPK/GKL
22.09.04	Senat

Turbulente Zeiten für die Uni Lüneburg

Konstruktive Wende in Sicht

Seit der letzten Ausgabe von Universität Lüneburg INTERN sind an der Universität Lüneburg die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Fusionsentscheidung eskaliert: Nach einer Sondersitzung des Senates, die eine Abstimmung der Positionen der verschiedenen Statusgruppen im Vorfeld der Landtagsanhörung zum Fusionsgesetz zum Gegenstand hatte, bot Präsident Donner dem Stiftungsrat der Stiftung Universität Lüneburg seinen Rücktritt an. Einige Tage später wurde von einigen Senatsmitgliedern ein Antrag auf Abwahl des Präsidenten und des hauptamtlichen Vizepräsidenten, Frank Chantelau, gestellt.

Sein Rücktrittsangebot begründete Präsident Donner so: "Mit der jetzt getroffenen Entscheidung möchte ich dem Stiftungsrat die Möglichkeit eröffnen, seinerseits festzulegen, wie der weitere Weg der Universität verlaufen soll. Für mich stellt sich die Situation so dar, dass in der Universität zwei deutlich unterscheidbare hochschulpolitische Auffassungen aufeinandertreffen. Ich selbst habe immer dafür gestanden, durch das Eingehen auf neue Entwicklungen im Hochschulbereich Wege für eine erfolgreiche Zukunft des Hochschulstandortes Lüneburg zu realisieren. Dies galt für die Stiftungsentscheidung, dies gilt ebenso für die

Fusionsentscheidung und die damit verbundenen Reformschritte. Dass die Fusionsentscheidung parteiübergreifend sowohl hier in Lüneburg als auch im Parlament auf eine breite Zustimmung gestoßen ist, war mir dabei eine willkommene Unterstützung."

Der Stiftungsrat beschäftigte sich während seiner Sitzung am 18. Juni mit dem Angebot. Zuvor war er mit dem aus Vertretern aller Statusgruppen gebildeten Beirat in hochschulöffentlicher Sitzung zusammengetroffen und hatte anschließend auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Senat. Der Stiftungsrat lehnte Donners Angebot ab. In der entsprechenden Pressemitteilung heißt es dazu: "Aus der Sicht des Stiftungsrates macht die Annahme des Rücktrittsangebotes keinen Sinn, da in dem schwierigen

Fusionsprozess Kontinuität dringend erforderlich ist. Zwar gibt es an der Universität gravierende Probleme hinsichtlich der erforderlichen Kommunikation, Transparenz und Partizipation innerhalb des Fusionsprozesses, doch können diese Probleme nicht durch eine Auswechslung von

Öffnungszeiten während der vorlesungsfreien Zeit

Universitätsbibliothek

(Lesesaal und Ausleihe)
Mo - Do 9 - 19 Uhr, Fr 9 - 17 Uhr

Rechenzentrum

Mo - Do 9 - 19 Uhr, Fr 9 - 14 Uhr

Medienzentrum

Geräteausleihe:
Mo, Mi, Fr 10 - 12 Uhr
Mediothek//Videoausleihe:
Mo, Mi, Fr 10 - 12 Uhr

Mensa

8 - 14 Uhr
(Mittagessen 11.30 - 14 Uhr)

Personen gelöst werden.“ Prof. Dr. Lenelis Kruse, stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates, die die Sitzung geleitet hatte, erklärte außerdem: „Im bisherigen Verlauf des Fusionsprozesses sind Fehler gemacht worden. In den Gesprächen mit den Hochschulangehörigen haben wir aber eine große Bereitschaft wahrgenommen, konstruktiv mit der jetzigen Situation umzugehen und dem Fusionsprozess eine erfolgreiche Wendung zu geben. Wir haben das Vertrauen in die Hochschulleitung, diesen Weg gemeinsam mit allen Hochschulangehörigen zu gehen.“

Abschließend appellierte der Stiftungsrat an alle Hochschulangehörigen, sich jetzt darauf zu konzentrieren, die anstehenden Aufgaben gemeinsam zu bewältigen und insbesondere darauf zu achten, dass sich die Universität gegenüber der Öffentlichkeit wieder als eine Einheit präsentiert.

In seiner Sitzung am 23. Juni beschäftigte sich der Senat dann in nichtöffentlicher Sitzung mit den Abwahanträgen gegen den Präsidenten und den hauptamtlichen Vizepräsidenten. Zur Begründung der Anträge wurde u.a. angeführt, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Senat und Hochschulleitung zerrüttet sei und der bisherige Verlauf des Fusionsprozesses an der Universität einen Mangel an Kommunikation, Transparenz und Partizipation aufweise. Nach viereinhalbstündiger Diskussion kam es bei beiden Anträgen zum gleichen Abstimmungsergebnis: Sieben Senatsmitglieder sprachen sich für eine Abwahl aus, sechs stimmten dagegen. Damit konnte die für eine Abwahl erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht werden. Prof. Dr. Joachim Heilmann, Vizepräsident für Internationales und Bibliotheksangelegenheiten, der als dienstältester Vizepräsident die Sitzung zu diesem Tageordnungspunkt geleitet hatte, sagte im Anschluss an die Sitzung: „Die Abstimmung hat nochmals deutlich werden lassen, dass von den Senatsmitgliedern eine ernst zu nehmende Kritik am bisherigen Verlauf des Fusionsprozesses auf Seiten der Universität geübt wird, die nicht ohne Folgen für das weitere Vorgehen bleiben darf. Das Präsidium hatte bereits in einer Erklärung zu seiner bisherigen Arbeit Versäumnisse eingestanden und Wege für die Veränderung des weiteren Vorgehens aufgezeigt. Ich bin zuversichtlich, dass es uns in den nächsten Tagen und Wochen gelingen wird, konstruktiv mit der Situation umzugehen und gemeinsam mit allen Statusgruppen der Universität den weiteren Fortschritt des Fusionsprozesses sicher zu stellen.“

Das Präsidium wird sich in Kürze mit einer Erklärung an alle Universitätsangehörigen wenden und in der nächsten Senatssitzung im Juli Wege für eine künftig veränderte Zusammenarbeit aufzeigen.

Haushaltskonsolidierung in Niedersachsen Verwaltungskostenbeitrag für Studierende soll erhöht werden

Die niedersächsische Landesregierung hat während einer Klausurtagung am 29./30. Juni 2004 weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlos-

sen. Minister Stratmann informierte inzwischen die Hochschulen über die Konsequenzen des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2005. In seinem Schreiben heißt es u.a.:

„Das Hochschuloptimierungskonzept (HOK) wird weitergeführt. Die notwendigen strukturellen Veränderungen erfordern auch künftig Umschichtungen zwischen den Hochschulen, um die Profil- und Schwerpunktbildung der Hochschulen voran zu bringen.“

...

Unter Berücksichtigung der bereits im HOK 2005 vorgesehenen Maßnahmen (rund 10 Mio. EUR) sind Kürzungen im investiven Bereich vorgenommen worden, die zu leichten Reduktionen bei den Investitionsmitteln für Großgeräte (netto rund 2 Mio. EUR) und Verschiebungen bei neuen Baumaßnahmen (netto rd. 11 Mio. EUR) führen.

...

Die Essenzzuschüsse für Studierende werden um rund 0,7 Mio. EUR reduziert. Um weitere Kürzungen zu im Hochschulbereich vermeiden, werden die Verwaltungskostenbeiträge der Studierenden .. von 50 auf 75 EUR pro Semester erhöht. Daraus werden Mehreinnahmen von 7 Mio. EUR erwartet.

...

Die Finanzierung der Kosten der Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen, die Anschubfinanzierung der in Gründung befindlichen privaten Fachhochschule Buxtehude sowie die Weiterführung der Multimedia-Anstrengungen der niedersächsischen Hochschulen müssen und werden nach den Beschlüssen der Landesregierung durch Umschichtungen im Haushalt des MWK insgesamt erbracht werden.“

Fusion

Rückblick - Präsidienausschuss tagte erstmals mit Dekanen Neue Studiengänge und Binnenorganisation im Mittelpunkt

Im Juni hat der Präsidienausschuss erstmals gemeinsam mit allen Dekanen von Universität und Fachhochschule getagt. Auf der Tagesordnung standen dabei in erster Linie Fragen der Studiengangsplanung und der Binnenorganisation.

Hinsichtlich der Studiengangsplanung brachten die Dekane zwei mögliche Elemente einer künftigen Profilierung aller BA-Studiengänge der Universität in die Diskussion: Module im Bereich Management und/oder im Bereich Interdisziplinarität. Außerdem

wurde angeregt, ein Pflicht-Tutoriat von Master-Studierenden für Bachelor-Studierende vorzusehen, weil auf diesem Weg Schlüsselqualifikationen bei den Studierenden erzeugt werden könnten.

Positive Rückmeldungen gab es aus allen Fachbereichen zur Frage, ob bis zum September neue Bachelor- und Master-Studienangebote bis zur Akkreditierungsreife gebracht werden können. Die zeitliche Planung für die Einrichtung der neuen Studiengänge macht es erforderlich, dass für diejenigen Studiengänge, die zum WS 2005/06 starten sollen, die Akkreditierungsunterlagen bis spätestens 1. Oktober 2004 vorliegen müssen.

Einvernehmen bestand unter den Teilnehmern darüber, dass für jedes Bachelor-Programm zumindest ein konsekutives Master-Programm angeboten werden soll. Es soll angestrebt werden, Bachelor- und Master-Programme zeitgleich anlaufen zu lassen. Eine Entscheidung darüber, welche der rund 80 vorliegenden Studiengangsentwürfe weiterentwickelt werden sollen, wird nicht vom UT 2 sondern von den Programmplanern und Fachbereichen getroffen werden.

Zum Thema Binnenorganisation führte der Moderator Müller-Böling in die aktuelle Diskussion ein, die insbesondere die Einrichtung sogenannter Schools zum Gegenstand hat, in denen die verschiedenen Disziplinen gemeinsam die neuen Studiengänge koordinieren sollen. Alle Fragen des Studiums, von der Zusammenstellung des Lehrangebots bis zur Organisation der Prüfungen und der Beratung gehören zu den Aufgaben solcher Einheiten.

Die Schools können eine vertikale oder eine horizontale Struktur haben: Eine vertikale Struktur bedeutet, dass sich die Schools nach ihren Studiengängen und Fachgebieten unterscheiden. Eine school of economics etwa könnte demzufolge neben einer school of social sciences stehen. Jede dieser Schools hätte dann Bachelor-, Master- und PhD-Studienangebote.

Eine horizontale Struktur hingegen würde bedeuten, jeweils innerhalb einer Fakultät eine undergraduate school (Bachelor-Studienangebote), eine professional school (Master-Studienangebote mit enger Verbindung zur Berufspraxis) und eine graduate school (Master-Studienangebote mit forschungsorientierten Profilen ausgerichtet auf eine spätere Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung) zu bilden. In den graduate schools sollte auch vorrangig die Doktorandenausbildung erfolgen.

Das Thema Binnenorganisation, zu dem etwa auch die Frage nach der künftigen Anzahl der Fakultäten gehören wird, muss an den Hochschulen noch breit diskutiert werden. Eine Umsetzung kann erst im kommenden Jahr erfolgen und wird entsprechende Beschlüsse von Fachbereichsräten und Senaten zur Voraussetzung haben.

Uni und FH - Gemeinsame WWW-Modelluni-Seite

Zeitnahe und für die gesamte Öffentlichkeit zugängliche Informationen über den Fusionsprozess haben Uni und FH bisher auf ihren jeweils eigenen WWW-Seiten publiziert; künftig gibt es - **NEU !** - unter <http://www.modelluniversitaet.de> eine gemeinsame WWW-Seite zur Fusion; die Freischaltung ist am 1. Juli erfolgt.

CHE-Projekthomepage

...auch die CHE-ModUL-Projekthomepage erscheint künftig im neuen, benutzerfreundlicheren Auftritt und mit deutlich attraktiverer Optik. Zusammen mit dem UT 1 (ÖffentlichkeitsarbeiterInnen Uni und FH) hat das CHE einige Änderungen und Neuerungen zum Modellprojekt "Stiftung Universität Lüneburg" erarbeitet. Die Freischaltung wird in diesen Tagen erfolgen.

Die Überarbeitung erleichtert im Vergleich zur vorherigen Version der Projekthomepage der Zugang zu den Informationen.

Besonders hilfreich und interessant dürfte für viele Nutzer ein neuer Service sein, der künftig auf der Seite angeboten wird: Über eine Abonnement-Funktion können sich die Nutzer künftig einen Newsletter zusenden lassen, der sie umgehend darüber informiert, wenn in den von ihnen ausgewählten Bereichen neue Informationen eingestellt wurden.

Hier noch einmal der Link zum (passwortgeschützten) Login:

<http://www.che.de/Projekthomepages/ModUL>

Bei Fragen zum Zugang können Sie sich direkt an das CHE wenden:

Frau Hölker, Tel.: 05241 / 97 61 – 36

Eine InFusion für alle

Die Erstausgabe des neuen digitalen Informationsmediums zur Fusion **InFusion** verschickt das UT 1 Mitte Juli.

Impressum

Herausgeber:	Der Präsident der Universität Lüneburg
Redaktion:	H. Zühlsdorff
Texterfassung + Layout:	H. Zühlsdorff
Auflage:	1.500
Druck:	Hausdruckerei der Universität Lüneburg

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Hochschulpolitik

Entscheidung über Exzellenzinitiative vertagt

Die Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern haben am 5. Juli die in der BLK-Sitzung am 29.3.2004 beschlossene „Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ beraten und die Entscheidung vertagt.

Es bleibt weiterhin gemeinsames Ziel von Bund und Ländern, ein Programm zur Förderung von Spitzenleistungen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich zu initiieren. Die bisher gefundenen Einigungen werden nicht in Frage gestellt. 2006 soll mit der Förderung begonnen werden. Der Wettbewerb soll wie vorgesehen im kommenden Jahr starten.

Offen gebliebene Verfahrensfragen sollen schnell geklärt werden. Die Kommission geht davon aus, dass die Rahmenbedingungen in den jeweils zuständigen Gremien geklärt werden können und dass der Vereinbarungsentwurf über die Exzellenzinitiative spätestens in ihrer nächsten Sitzung am 15.11.2004 erneut erörtert und entschieden wird.

Der Vereinbarungsentwurf soll anschließend den Regierungschefs von Bund und Ländern zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

HRK-Präsident begrüßt politische Einigung über Hochschulzugang

Hochschulen nehmen neue Verantwortung für die Auswahl der Studierenden an

Nach der Einigung über ein neues Zugangsrecht im Bildungsausschuss des Bundestages hat sich der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Professor Dr. Peter Gaehtgens, am 17. Juni in Berlin erfreut gezeigt: „Die Hochschulen haben die Verantwortung für die Studierendenauswahl lange vergeblich gefordert. Wenn sie nun 60 Prozent der Studienplätze in den bundesweiten Numerus-clausus-Fächern vergeben können, ist dieses Ziel zu einem guten Teil erreicht. Besonders wichtig ist, dass eine bundeseinheitliche Lösung erreicht wurde. Damit können sich die Hochschulen im nationalen wie internationalen Wettbewerb um die besten Studierenden positionieren. Die HRK wird sie bei der praktischen Umsetzung und der Lösung der methodischen Fragen unterstützen. Bereits für Ende Juli ist hierzu ein HRK-Seminar geplant.“

„Nach der HRG-Novelle (Hochschulrahmengesetz), die noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet werden soll, sind dann die Länder gefragt, die neue Regelung zügig umzusetzen“, sagte Gaehtgens weiter. Ländervorgaben für die Auswahlkriterien, zum Beispiel hinsichtlich der mindestens anzuwendenden Kriterien und ihrer Kombination, lehnte er ab. Auch das Auswahlverfahren sollten die Hochschulen nach eigenen Maßgaben entwickeln können. Dabei kommen nicht nur persönliche Gespräche in Betracht, sondern vor allem auch die Notengewichtung bestimmter Abiturfächer, fachspezifische Studierfähigkeitstests oder studiengangsrelevante Vortätigkeiten.

„Ziel der Hochschulen und ihrer Fachbereiche ist es, die Studierenden zu finden, die nach Können, Talent und Interesse am besten zu ihrem speziellen Studienangebot passen“, erläuterte der HRK-Präsident. „Sie werden die Profile ihrer Angebote daher deutlicher darstellen. Für die Studierenden ihrerseits heißt das, dass sie sich vor einer Bewerbung intensiver als bisher über die unterschiedlichen Schwerpunkte und Anforderungen der Studienfächer an verschiedenen Hochschulen befassen müssen.“

Gaehtgens erklärte, es sei aus Sicht der Hochschulen relativ unproblematisch, dass 20 Prozent der Abiturbesten weiterhin ohne Auswahlverfahren zugelassen werden. „Diese Gruppe würde höchstwahrscheinlich auch anderweitig die Zulassung erhalten. Hingegen muss die Berücksichtigung von Wartezeiten perspektivisch noch einmal überprüft werden, da sie in ein wettbewerbsorientiertes Hochschulsystem nicht passt und keine Studienerfolgsprognose abgeben kann.“

HRK: Studienbeiträge als Drittmittel für die Lehre ermöglichen

Das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz fordert für die Hochschulen die Möglichkeit, Studienbeiträge von den Studierenden zu erheben. Nur so werde es möglich sein, die Qualität des Lehrangebots langfristig zu sichern. Das Plenum betonte jedoch mit Nachdruck, die Einführung von Beiträgen der Studierenden entlasse den Staat nicht aus seiner Verantwortung für die Ausbildung der jungen Menschen.

„Der Staat muss die notwendige Grundfinanzierung verlässlich sichern“, erläuterte HRK-Präsident Professor Dr. Peter Gaehtgens. „Der Anteil privater Mittel an der Finanzierung der Hochschulen liegt in Deutschland mit etwa sechs Prozent sehr niedrig und resultiert fast ausschließlich aus der Einwerbung pri-

vater Drittmittel für die Forschung. Eine Aufstockung dieses Anteils scheint angemessen. Im Bereich der Finanzierung der Forschung ist es möglich, auf die rückläufige staatliche Grundfinanzierung durch Einwerbung von Drittmitteln zu reagieren. Eine entsprechende Möglichkeit muss für die Lehre dringend geschaffen werden. Insofern müssen Studienbeiträge den Charakter von Drittmitteln für die Lehre haben. Studienbeiträge können aber die Hochschulen nicht sanieren. Selbst in den USA decken die Studiengebühren nur 20 Prozent des Finanzbedarfs der Hochschulen."

Die HRK erwartet von einem Beitragssystem eine Reihe positiver Effekte: Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen um die Qualität ihres Lehrangebots würde angeregt. Die Studienzeiten würden verkürzt. Die Studierenden würden ihre Studienentscheidungen und -strategien bewusster und verantwortungsvoller treffen und die Bereitschaft der Hochschulen würde angeregt, die Qualität und den Stellenwert der Lehre zu erhöhen. So soll ein produktiver Wettbewerb um die besten Lehrbedingungen entstehen, der insgesamt zu einer breiten Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und zu einem höheren Stellenwert der Lehre an den Hochschulen führt.

Präsidiums- beschlüsse

Multimediabeauftragter des Präsidiums

Auf Antrag des bisherigen Multimediabeauftragten, Dr. Martin Warnke, hat das Präsidium mit Beschluss vom 19.05.04 Herrn Dr. Rolf Großmann vom Multimediabeauftragten der Universität Lüneburg ernannt.

Änderung der Prüfungsordnungen für die Diplomstudiengänge Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaften

Das Präsidium hat gem. 37 Abs. 1 Nr. 5 b NHG die vom Fachbereichsrat Erziehungswissenschaften am 21.04.04 beschlossenen Änderungen der Prüfungsordnungen für die Diplomstudiengänge "Sozialpädagogik" und "Erziehungswissenschaften" genehmigt. Die Änderungen werden in Kürze mit Veröffentlichung in "Universität Lüneburg INTERN" in Kraft getreten.

Richtlinie für die Zwischenevaluation von Juniorprofessuren

Das Präsidium hat am 19.05.04 die "Richtlinie für die Zwischenevaluation von Juniorprofessuren" beschlos-

sen. Die Richtlinie wurde in "Universität Lüneburg INTERN" Nr. 09/04 veröffentlicht und kann beim Vizepräsidenten Forschung angefordert werden. Sie ist außerdem im Intranet verfügbar.

Bestellung eines Honorarprofessors

Auf Antrag des Fachbereichs Umweltwissenschaften und nach Stellungnahme des Senats hat das Präsidium am 02.06.04 beschlossen, Herrn PD Dr. Ralf Ebinghaus gem. § 35 Abs. 1 Satz 1 NHG zum Honorarprofessor zu bestellen.

Verlängerung des Kooperationsvertrages mit der Angelo State University

Die Kooperation mit der Angelo State University wurde auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Die langjährige bewährte Zusammenarbeit gründete sich bisher auf befristete Verträge mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Das Präsidium hat am 02.06.04 einen Kooperationsvertrag mit unbefristeter Laufzeit beschlossen.

Umbenennung des Zentrums für Mittelosteuropaforschung

Das Präsidium hat mit Beschluss vom 02.06.04 der Umbenennung des Zentrums für Mittelosteuropaforschung in 'Zentrum für Demokratieforschung' zugestimmt. Das Zentrum folgt damit einer Empfehlung der Peers im Forschungsevaluationsverfahren Politikwissenschaft der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen.

Kurzberichte

GKSS-Forschungszentrum und Uni Lüneburg richten neue Juniorprofessur ein

In einem am 28. Juni zwischen der Stiftung Universität Lüneburg und dem GKSS-Forschungszentrum geschlossenen Vertrag wurde die Einrichtung einer neuen Juniorprofessur im Fachgebiet "Ökologische Chemie" am Fachbereich Umweltwissenschaften der Universität Lüneburg vereinbart.

Professor Dr. Wolfgang Kaysser und Hartwig Häger, auf seiten des GKSS-Forschungszentrums für die wissenschaftliche bzw. kaufmännische Geschäftsführung zuständig, und Professor Dr. Hartwig Donner und Prof. Dr. Wolfgang Ruck auf seiten der Universität Lüneburg unterzeichneten heute in Geesthacht eine entsprechende Vereinbarung. Zu dem Vorhaben, gemeinsam eine Juniorprofessur an der Universität Lüneburg zu besetzen, war es gekommen, weil beide Einrichtungen ihre bereits seit Jahren erfolgreich

praktizierte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ökologischen Chemie verstärken möchten.

„Dass die neue Professur vom GKSS-Forschungszentrum bezahlt wird, dort auch am Institut für Küstenforschung angesiedelt ist, aber ihre Lehrleistung an der Universität Lüneburg erbringt, zeigt einmal mehr, wie die Stiftungsträgerschaft uns dazu verhilft, eine unkomplizierte und pragmatische Vorgehensweise zur Verwirklichung neuer Formen der Zusammenarbeit zu verfolgen“, sagte Prof. Dr. Hartwig Donner, Präsident der Universität Lüneburg, nach der Vertragsunterzeichnung. Und weiter: „Von der bevorstehenden gemeinsamen Berufung eines Juniorprofessors oder einer Juniorprofessorin werden beide Häuser profitieren. Das GKSS-Forschungszentrum behält über die Professur die Anknüpfung an das universitäre Umfeld mit seinen besonderen akademischen Qualifikationsmöglichkeiten und seiner fachlichen Qualität. Für die Universität stellt die Professur in diesem Bereich eine willkommene Abrundung auch ihres Lehrangebotes in einem intensiv bearbeiteten Bereich der Umweltwissenschaften dar.“ Das mit der neuen Professur angezielte innovative Forschungsgebiet „biospezifische Interaktionsanalyse“ beschäftigt sich mit der biologischen, also Mensch, Tier und Pflanze betreffenden Wirkung chemischer Stoffe. Das Aufgabengebiet der Professur richtet sich dabei insbesondere auf moderne biologische und chemische Analyseverfahren im Schwerpunktbereich der GKSS-Küstenforschung.

Die Universität Lüneburg und das GKSS-Forschungszentrum Geesthacht verbindet bereits seit vielen Jahren eine gute Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften. 1997 wurde diese Zusammenarbeit erstmals in einem Vertrag geregelt. Juniorprofessuren sind so angelegt, dass sie jungen, promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in der Regel nicht älter als Anfang 30 sein sollen, für die Dauer von sechs Jahren eine Beschäftigung an der Universität ermöglichen. Neben der Durchführung von Lehrveranstaltungen steht für die Juniorprofessuren die Weiterqualifikation in der Forschung im Vordergrund.

Professoren-Preis erneut ausgeschrieben

Anfang Juni versammelte sich die Jury des Forschungspreises der Professoren. Der bisherige Vorsitzende der Jury, Prof. Dr. Jörg Wolff, scheidet auf eigenen Wunsch aus Altersgründen aus der Jury aus. An seiner Stelle ist Herr Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel von den Mitgliedern des Forschungspreises in die Jury gewählt worden. Die Jury hat beschlossen, für das Jahr 2003 keinen Preis zu vergeben. Eingereichte Arbeiten aus dem

Jahr 2003 sollen in die Preisverleihung 2004 einbezogen werden.

Originelle Abschluss-, Magister- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen für die Jahre 2003 und 2004 können beim Vorsitzenden der Jury, Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel, eingereicht werden.

Tagung an der Uni Lüneburg

Gute fachliche Praxis – Zur Standardisierung von Verhalten

Der Ansatz der guten fachlichen Praxis findet sich immer häufiger in Gesetzestexten wie in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen. Thematisch einschlägig sind z.B. der Bildungssektor, das Medizinrecht, die Forstwirtschaft, das Energierecht, das Landwirtschafts- und Umweltrecht. Gute fachliche Praxis ist ein Baustein der regulierten Selbstregulierung – also zwischen staatlich-autoritärer Steuerung und gesellschaftlicher Selbstregulierung angesiedelt und ist wissenschaftlich bisher nicht übergreifend untersucht worden.

Die Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Energie- und Umweltrecht hat dazu deshalb Ende Juni eine Tagung mit ca. 50 Teilnehmern veranstaltet. Nach der Begrüßung des Dekans des Fachbereichs Umweltwissenschaften, Prof. Dr. Thorsten Aßmann, erläuterte Prof. Dr. Thomas Schomerus als Vertreter der Professur das Ziel der dezidiert interdisziplinär ausgerichteten Veranstaltung: Es ging darum, eine erste generalisierende Abschätzung von Potential und Leistungsgrenzen der guten fachlichen Praxis zu erarbeiten.

Mit seinem grundlegenden Vortrag ordnete Dr. Ulrich Smeddinck, Universität Lüneburg, den Ansatz in die steuerungstheoretischen und rechtswissenschaftlichen Zusammenhänge ein. Er stellte besonders heraus, dass der Steuerungsgegenstand Verhalten, Möglichkeiten der Überwachung, Sanktion und Evaluierung erfordert, damit die Steuerungsziele erfolgreich erreicht werden können.

Dagegen sprach sich Prof. Dr. Walter Frenz, RWTH Aachen, am Beispiel der guten fachlichen Praxis im Bodenschutzrecht, die ganz auf freiwillige Beratung und Einsicht der Landwirte bei der Bodennutzung setzt, gegen eine weitergehende staatliche Gängelung aus. Abgesehen davon, dass es an Personal und Finanzmitteln für die Überwachung fehlt, würde die soziale Kontrolle in den Dörfern schon quasi automatisch für die Einhaltung der Regeln der guten fachlichen Praxis sorgen.

Mit der guten fachlichen Praxis im Energierecht schlug Prof. Dr. Dr. Peter Salje, Universität Hannover, ein weiteres Kapitel auf. Hier hatte der Gesetzgeber die Lobby-Verbändevereinbarung zum Zugang zu den Leitungsnetzen im liberalisierten Strommarkt als gute

fachliche Praxis im Energiewirtschaftsgesetz festgeschrieben. Trotz Ablauf der gesetzlichen Geltungsdauer wird die Regelung weiter in der Praxis akzeptiert. Es wurden aber auch Zweifel an der Eignung der guten fachlichen Praxis im Einsatzgebiet Energiewirtschaft deutlich.

Abschließend beleuchtete Prof. Dr. Hagen Hof, Volkswagenstiftung Hannover, das Instrument gute fachliche Praxis aus verhaltenswissenschaftlicher Sicht. Er zeigte auf, dass anders als die dynamisch angelegten Regeln der Technik die Leitlinien der guten fachlichen Praxis nur den status quo widerspiegeln und nicht auf fortschrittliche Lösungen und Innovationen angelegt sind. Für das Landwirtschafts- und Umweltrecht favorisierte er eine Gesamtlösung, die Kontroll- und Sanktionsmechanismen bereithält, um die tatsächliche Standardisierung von Verhalten zu gewährleisten.

Die Veranstaltung wird in einem um die Bereiche Bildung, Forstwirtschaft und Medizin erweiterten Sammelband dokumentiert, der im Berliner Wissenschaftsverlag erscheint (Gute fachliche Praxis – Zur Standardisierung von Verhalten, Brandt/Smeddinck (Hg.)).

Christian Behrens

Bücherpaten gesucht: Literaturlücke in der Uni-Bibliothek soll gefüllt werden

Bücher für den Englischunterricht an Berufsschulen ? – die sucht man in der Universitätsbibliothek vergebens. Dies ließe sich aber ändern, wenn es gelingt, Bücherpaten zu finden.

Als die drei Lehramtsstudentinnen Manuela Haupt, Susanne Ringstorff und Denise Rode im Rahmen ihres ersten Schulpraktikums dringend Materialien für ihre Unterrichtsvorbereitung suchten, vermissten sie Literatur für den Unterricht an Berufsschulen. „Motiviert wie wir waren, suchten wir aktuelle Quellen, um einen möglichst interessanten Unterricht planen zu können. Wir hofften auf die Ausstattung der Universitätsbibliothek, da die Berufsschulen selbst auch nicht die Materialien hatten, die wir uns vorstellten.“ Die drei Studentinnen wurden aber weder in der Bibliothek noch direkt beim Fach Englisch fündig, da dieses den Schwerpunkt seiner Anschaffungen auf das Grundschullehramt gelegt hat. Bücher für die Grundschulen gibt es an der Universität genug, jedoch nicht für die Berufsschulen. Dabei bieten viele Verlage spezielle Literatur für den Englischunterricht an Berufsschulen an. Grund genug, aktiv zu werden. Die Studentinnen beschlossen eine Initiative zu starten, um die Literaturlücke in ihrem Studien-

gang Berufsschullehramt zu verbessern. „Irgend jemand muss einfach mal anfangen, etwas auf die Beine zu stellen, warum also nicht wir? So verbessern wir unsere eigene Situation und die der zukünftigen Studentengenerationen.“

Die drei angehenden Lehrerinnen sind aber auf die Unterstützung von Unternehmen, Verlagen und Privatleuten angewiesen. „Bisher wurden wir schon von der Sparkasse Lüneburg unterstützt, außerdem haben uns einige Verlage Bücherspenden zukommen lassen. Auch das Fach Englisch hat seine Unterstützung signalisiert, doch das Geld ist einfach zu knapp. Wir sind für jede Spende dankbar, jeder kleine Betrag, jedes Buch hilft uns weiter.“

Geplant ist, jedem Spender ein Buch zuzuordnen. „Wir wollen in jedem Buch die Patenschaft vermerken, damit deutlich wird, dass die Bücher durch die Unterstützung von Bürgern und Unternehmen aus der Region Lüneburg angeschafft worden sind und damit etwas ganz Besonderes sind.“ Dabei hoffen die Initiatorinnen auf eine breite Unterstützung, um die praxisorientierte Ausbildung an der Universität verbessern zu können.

Geldspenden können auf das Konto der Universität Lüneburg überwiesen werden. Die Bankverbindung lautet: Universität Lüneburg, Kontonummer 106 032 261, Bankleitzahl 250 500 00, NordLB Hannover, Angabe der Auftragsnummer im Verwendungszweck 81 10 00 08. Die Universität stellt eine Spendenbescheinigung aus, wenn eine Absenderadresse mitgeteilt wird.

Kontakt: S.Ringstorff@web.de

Neu geregelter Hochschulzugang ermöglicht mehr Wahlfreiheit

Der neu geregelte Hochschulzugang eröffnet Studienbewerbern neue Perspektiven. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn begrüßte die Verabschiedung der Reform im Bundestag. „Jetzt können sich die künftigen Bewerberinnen und Bewerber schon in der Schule auf ihr Studium vorbereiten.“ Künftig könnten die Hochschulen ihre Studierenden nicht nur nach der Abiturdurchschnittsnote auswählen, sondern auch die Noten einzelner Schulfächer berücksichtigen. „Wer in der Schule naturwissenschaftliche und mathematische Fächer belegt, kann damit etwa seine Chancen auf einen Medizinstudienplatz erhöhen“, sagte die Ministerin. Hochschulen könnten mit dem neuen Verfahren auch die Motivation der Studierenden stärker berücksichtigen.

„Mit dem neuen Zugangsrecht leisten wir einen wichtigen Beitrag für das wissenschaftliche Klima an unseren Hochschulen“, sagte Bulmahn. Die Neurege-

lung betrifft bundesweit zulassungsbegrenzte Studiengänge, wie etwa Betriebswirtschaftslehre, Biologie, Medizin und Pharmazie. Der mit 60 Prozent größte Teil der Studienplätze wird künftig in einem Auswahlverfahren von den Hochschulen selbst verteilt. Dabei können neben der Abiturdurchschnittsnote auch gewichtete Einzelnoten berücksichtigt werden. Fachspezifische Tests und Auswahlgespräche sind ebenfalls möglich. 20 Prozent der Studienplätze gehen an die Abiturbesten, die sich ihre Hochschule selbst aussuchen können. 20 Prozent der Studienplätze werden nach Wartezeit vergeben.

Der Bundesrat muss der Reform noch zustimmen. Die Behandlung ist für den 9. Juli geplant. Die Neuregelung wird erstmals zum Wintersemester 2005/2006 angewendet werden.

Bachelor welcome - Konzertierte Aktion führender deutscher Unternehmen Personalvorstände unterzeichnen gemeinsame Erklärung zu neuen Bachelor/Masterabschlüssen

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die Personalvorstände führender deutscher Unternehmen für eine konsequente Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master ausgesprochen. Darin machen sie Zusagen über Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Bachelor-Absolventen in den eigenen Häusern, äußern aber auch detaillierte Erwartungen an die Hochschulen. Die Erklärung ist Teil der konzertierten Aktion „Bachelor welcome!“.

„Wir wollen mit dieser Aktion ein positives Signal in die Öffentlichkeit senden, dass wir in den Unternehmen voll hinter der Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland stehen, dass die Absolventen mit diesen Abschlüssen in unseren Unternehmen willkommen sind, und dass wir großes Interesse daran haben, unsere Vorstellungen in die Entwicklung der neuen Curricula einzubringen,“ sagte Dr. Arend Oetker, geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding und Präsident des Stifterverbandes.

„Der Bologna-Prozess kommt einer jahrelangen Forderung der Wirtschaft entgegen: jüngere Absolventen mit praxisbezogener Hochschulausbildung und international vergleichbaren Studienabschlüssen. Es ist deshalb wichtig, für diese Absolventen auch Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt zu schaffen“, sagte Dr. Norbert Bensel, Vorstand Personal der Deutschen Bahn AG.

Mit der Aktion, die in Zusammenarbeit von Stifterverband, Deutsche Bahn AG, Bundesvereinigung der

Deutschen Arbeitgeberverbände und Centrum für Hochschulentwicklung entstand, beteiligen sich TOP-Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen. Das Dokument ist online unter www.stifterverband.de abrufbar.

Zahl der Bachelor- und Masterstudienangebote steigt auf 23 Prozent

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat anlässlich ihres Plenums in Bonn im Juni Zahlen zur Einführung von Bachelor und Master in Deutschland veröffentlicht. Quellen sind der HRK-Hochschulkompass sowie Angaben des statistischen Bundesamtes und des Akkreditierungsrates. Die Auswertung macht deutlich, dass die deutschen Hochschulen aktiv an der Gestaltung des Europäischen Hochschulraums mitwirken. Zum kommenden Wintersemester werden 1.253 Bachelor- und 1.308 Masterstudienmöglichkeiten angeboten. Dies sind 437 mehr als im Sommersemester 2004; damit setzt sich die kontinuierliche Zunahme fort. Bachelor und Masterstudienangebote machen im Wintersemester 2004/2005 23 Prozent der Studienmöglichkeiten an deutschen Hochschulen aus. Es zeigt sich, dass in Deutschland die Mehrzahl der derzeit angebotenen Bachelorstudiengänge (82,8 Prozent) eine Dauer von drei Jahren (180 Punkte im europäischen Kreditpunktesystem ECTS) aufweisen. 58,1 Prozent der derzeit angebotenen Masterstudiengänge erstrecken sich über zwei Jahre (120 ECTS). Die Studierendenzahlen liegen bisher lediglich für das Wintersemester 2002/2003 vor.

Der Prozess der Einführung des zweistufigen Studiensystems ist damit in vollem Gange. Die Umsetzung in den Hochschulen wirft eine Reihe von Problemen und fachspezifischen Fragen auf. Daher wird die HRK zur intensiven Begleitung der Studienreform, gefördert durch das Bundesbildungsministerium, eine **Service-Stelle Bologna** aufbauen, die Anfang Juli ihre Arbeit aufnimmt. Ziel ist es, die Hochschulen mit vielfältigen Dienstleistungen zu unterstützen wie der Vermittlung von Experten und der Organisation von fachspezifischen Workshops. Schließlich soll durch den Aufbau eines Netzwerkes von Bologna-Koordinatoren der Erfahrungs- und Informationsaustausch verbessert und vereinfacht werden.

Studienanfänger Viele Hörsäle leeren sich

Die Klagen von Studenten und Professoren über unerträgliche Studienbedingungen, überfüllte Hörsäle und Seminare werden mancherorts bald noch häufiger erklingen, anderswo aber vielleicht gar nicht mehr zu hören sein. Die Zahl der Studienanfänger geht in den meisten Bundesländern bis zum Jahr 2020 zurück. Die heute bereits attraktiven Hochschu-

len dürften dann noch begehrter sein. An vielen ost-deutschen Unis werden sich jedoch die Sitzreihen lichten.

Wenn junge Menschen studieren wollen, geht das nicht unbedingt vor der Haustür – sei es, weil das angestrebte Studienfach nur an einer weiter entfernten Uni gelehrt wird, sei es, weil der Nachwuchs beweisen will, dass er flügge geworden ist. Die Universitäten und Fachhochschulen in den bevölkerungsreichsten Bundesländern stehen auf der Hitliste der Erstsemester ganz oben:

Das Gros der Studienanfänger zog es im Jahr 2000 an die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen.

Die wenigsten Neu-Studiosi begannen an den Unis und Fachhochschulen im Saarland, in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ihre akademische Laufbahn.

Bald werden sich viele Stätten des Wissens kräftig aufhübschen müssen, um die jungen Leute an den Immatrikulationsschalter zu locken. Aufgrund sinkender Geburtenraten geht das Erstsemester-Potenzial bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 2000 um etwa 1 Prozent zurück. Einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zufolge können manche Hochschulen ihre Hörsäle dann deutlich verkleinern: Bis zum Jahr 2020 werden sich gut ein Fünftel weniger Erstsemester als im Jahr 2000 in den ostdeutschen Ländern und Berlin immatrikulieren.

Dass sich in einer Region mehr, in der anderen weniger angehende Jung-Akademiker ein Stelldichein geben werden, hat mehrere Gründe:

Geburtenrückgang. Im Durchschnitt aller Bundesländer schrumpft die Zahl der 18- bis 21-Jährigen bis zum Jahr 2020 um rund 14 Prozent – im Osten wird sich das Youngster-Potenzial noch stärker reduzieren. Während in den alten Bundesländern bis 2020 rund 5 Prozent weniger 18- bis 21-Jährige leben werden als noch vor wenigen Jahren, rechnet man für die Regionen im Osten mit gut 40 Prozent weniger jungen Menschen dieses Alters.

Alles in allem werden weniger Jugendliche die Eintrittskarte zum Hochschulstudium erwerben – wenn auch der Anteil der Qualifizierten an der Altersgruppe leicht ansteigt. Die Kultusministerkonferenz erwartet, dass im Jahr 2020 in Ostdeutschland etwa 36 Prozent der 18- bis 21-jährigen Bevölkerung mit der Hochschulreife glänzen – derzeit sind es rund 35 Prozent. Im Westen werden 40 Prozent statt derzeit gut 37 Prozent dieser Altersgruppe die

Hochschulzugangsberechtigung vorweisen können. Studentenwanderungen. Das Wandern ist nicht nur

des Müllers Lust – auch angehende Akademiker schweifen gerne in die Ferne, und wenn es nur in ein anderes Bundesland ist. Die Heimatverbundenheit der wissensdurstigen Jugend ist unterschiedlich ausgeprägt:

In Westdeutschland sind durchschnittlich gut sieben von zehn Erstsemestern ihrem Heimatbundesland treu. In Ostdeutschland nehmen gut sechs von zehn Erstsemestern ein Studium in heimatlichen Gefilden auf.

Der Drang der Studienanfänger gen Westen wird das demographisch bedingte Ausbluten der Hochschulen in Ostdeutschland und in den direkten Nachbarländern noch verstärken.

Quelle: iwd – Nr. 23 vom 3. Juni 2004

Forschung

Forschungsprojekt zum Pflegekinderwesen

Die Sektion Allgemeine Sozialpädagogik führt im inhaltlichen Anschluss an die erfolgreich abgeschlossenen Forschungsprojekte zu stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung in Europa („Socialpedagogy in five European countries; first and second stage“) in Kooperation mit der Thomas Coram Research Unit der University of London derzeit ein international vergleichendes Forschungsprojekt zum Pflegekinderwesen in Europa unter dem Titel „Looked after children in foster care in Europe“ durch. Nähere Informationen unter:

http://www.fb1.uni-lueneburg.de/fb1/inst_sozpaed/mitarbeiter/Cola/projekt3/projekt3.htm

VolkswagenStiftung fördert Forschung an der Uni Lüneburg:

Fast 900.000 Euro für Nachhaltigkeitsforschung

Erfreuliche Nachricht für Professor Dr. Gerd Michelsen vom Institut für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg: Die VolkswagenStiftung teilte der Universität jetzt mit, dass sein Förderantrag zum Projekt „Nachhaltige Entwicklung im Kontext universitärer Aufgabenstellungen“ erfolgreich war und damit in den nächsten drei Jahren insgesamt fast 0,9 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stehen.

Nachhaltigkeitsforschung ist seit längerer Zeit ein besonderes Profilmerkmal der Universität Lüneburg. Besonders unter ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive wurde diese Thematik bisher näher be-

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der Ausgabe „Universität Lüneburg INTERN 11/04“ ist der **1. Oktober 2004**.

leuchtet. Das jetzt geförderte Projekt wird versuchen, alle an der Universität vertretenen Fachbereiche mit einzubeziehen und so möglichst viele wissenschaftliche Disziplinen für die Auseinandersetzung mit Fragen der Nachhaltigkeit zu gewinnen. Es knüpft an die Ergebnisse des bereits durch die Bundesumweltstiftung geförderten Projekts "Agenda 21 und Universität Lüneburg" an, das u.a. dazu geführt hatte, dass die Universität Lüneburg als erste europäische Universität eine Umweltzertifizierung erhielt.

Das neue Projekt sieht die Einrichtung mehrerer Teilprojekte vor, die sich zum Beispiel mit den Themen Nachhaltigkeitsmanagement, Energie- und Ressourcenmanagement, Interdisziplinarität in der Lehre, Lebenswelt Universität und Kommunikation beschäftigen. Professor Michelsen sieht in seinem Projekt auch für die Universität Lüneburg insgesamt eine große Chance: "Der Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 hat die stärkere Gewichtung von Bildung und Wissenschaft betont. Als wichtiges Resultat wurde Ende letzten Jahres von den Vereinten Nationen die UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" beschlossen, die auch für die Hochschulen weitreichende Konsequenzen haben wird. Ich sehe die Chance, die Universität Lüneburg in diesen Prozess frühzeitig einzubinden und so die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die bei uns gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse auch anderen Hochschulen zugänglich gemacht werden können. Außerdem trägt dieses Vorhaben zur Profilbildung der Universität bei."

Charakteristika der Nachhaltigkeitsforschung sind das Verstehen und Lösen von sozial-ökologischen Problemen, das Einbeziehen von gesellschaftlichen Akteuren und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in die Forschung. Bei der Problemanalyse und bei der Entwicklung von unterschiedlichen Handlungsoptionen überwindet die Nachhaltigkeitsforschung das übliche Ressort- und Fachdenken.

Die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit für die Forschung wird aktuell auch dadurch unterstrichen, dass Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn vor einigen Tagen dem Bundeskabinett ein Forschungsrahmenprogramm "Forschung für Nachhaltigkeit" vorgestellt hat.

DFG-Haushalt wächst um drei Prozent

Einzelförderung soll gestärkt werden

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat am 5. Juli 2004 beschlossen, den Haushalt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) um drei Prozent aufzustocken. Damit wird die gemeinsame Zuwendung

des Bundes und der Länder im Jahr 2005 an die DFG 1,364 Milliarden Euro betragen.

Die DFG will mit dem Geld unter anderem dafür Sorge tragen, dass in der Einzelförderung, dem größten Teil des so genannten Normalverfahrens, die Erfolgsaussichten für Antragsteller nicht sinken. Durch die Zusage für den Zuwachs im Haushalt und die Willenserklärung der Bundesregierung, solche Zuwächse auch in den kommenden Jahren zu realisieren, kann die DFG die diesjährigen Bewilligungsmöglichkeiten in der Allgemeinen Forschungsförderung um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 780 Millionen Euro anheben.

Insgesamt gibt die DFG seit Jahren mehr Geld für das Normalverfahren aus, um beispielsweise Einzelprojekte, Stipendien oder Forschergruppen zu finanzieren. Im Jahr 2003 flossen 516 Millionen Euro in das Normalverfahren, nach 504 Millionen Euro im Jahr 2002 und 469 Millionen Euro im Jahr 2001. Damit hat die DFG ihr erklärtes Ziel, den Anteil des Normalverfahrens an der Gesamtförderung über 40 Prozent zu halten, wie in den Vorjahren erneut erreicht. Das gilt auch für die „Halbjahresbilanz“ zum 30. Juni 2004.

Dass die Bewilligungsquote im Normalverfahren trotzdem von gut 40 Prozent auf 35 Prozent gesunken ist, liegt daran, dass das Antragsvolumen im genannten Zeitraum um zehn Prozent gewachsen ist.

Vorträge

Prof. Dr. Gerhard **Ringshausen**, Institut für Theologie und Religionspädagogik, referierte am 27. März 2004 im Rahmen der Tagung des Religionspädagogischen Instituts in Loccum „Biblische Geschichten und ihre ‚Spielräume‘ - Die Geschichte von Hiob“ über „Hiob: die Frage nach dem guten Gott oder dem gerechten Menschen. Reflexionen in der Kunst“.

Im Rahmen der Ringvorlesung „Die bundesdeutsche Kultur der 80er Jahre“ des FB III sprach er am 13. Mai 2004 über „Zwischen Weltveränderung und Innerlichkeit. Denken, Glauben und Handeln in den achtziger Jahren“.

Innerhalb der Vortragsreihe „Biographische Annäherungen an den 20. Juli 1944“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin stellte er am 3. Juni 2004 „Hans-Alexander von Voß - Offizier im Widerstand“ vor.

Ralf **Tiils**, wissenschaftlicher Mitarbeiter (Institut für Umweltstrategien/Zentrum für Demokratieforschung), hat am 21. Mai 2004 im Rahmen der Tagung „Grundlagen und Grundsatzfragen der Politikberatung“ einen Vortrag zum Thema „Zwischen *policy advice* und *political consulting*: Umriss eines Konzepts strategischer Politikberatung“ gehalten. Die Veranstaltung der Ad-hoc-Gruppe „Politikberatung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) fand vom 20.-21.5.2004 im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen in Gelsenkirchen statt.

Veranstaltungen

10-Minuten-Philosophie

Immer dienstags von 14.05 bis 14.20 Uhr im Hörsaal 4

13.07.2004

Was ist ein Freund?
Lembke

20.07.2004

Verschwenderische Gaben. Derrida.
Busch

Veranstalter: Prof. Dr. Christoph Jamme
und Prof. Dr. Jörg Wolff

Volkswirtschaftliches Forschungskolloquium

Programm im Sommersemester 2004
Jeweils mittwochs, 8.30 - 10.00, UC 12.15

14.07.2004

Lucinda Trigo Gamarra
Empirisches Design und erste Ergebnisse
der Versicherungsvermittlerbefragung

Heike Wetzell
Liberalisierung des Eisenbahnwesens
im europäischen Vergleich

Veranstalter:
Institut für Volkswirtschaftslehre
Prof. Dr. Heinemann / JP Dr. Ott / Prof. Dr. Wagner /
PD Dr. Wein

Ringvorlesung Kulturtheorie Theorien, Konzepte und Autoren der Kulturwissenschaften II

Mi 18.30-20.00 Hörsaal 3 UC

14. Juli 2004

PD Dr. Jens Heise (Berlin)
Herder – Sprache und Kultur

21. Juli 2004

Dr. Birgit Mersmann (Karlsruhe)
Bildkulturwissenschaft als Kulturbildwissenschaft?
Inter- und transkulturelle Wahrnehmungshorizonte

Organisation: PD Dr. Iris Därmann,
Prof. Dr. Christoph Jamme

Ringvorlesung Die bundesdeutsche Kultur der 80er Jahre

Do, 10.30 - 11.15 Uhr, HS 5 – Organisation:
Prof. Dr. Werner Faulstich

15. Juli 2004

Glaserapp
Neutralität und Digitalität: Zur kulturellen Bedeutung
der Fotografie

22. Juli 2004

Carsten Winter, M. A., Universität Klagenfurt
Transkulturelle Prozesse: Auf dem Weg zur
Globalisierung der Populärkultur in Deutschland

Der Nachhaltigkeitsdiskurs im Nord-Süd-Vergleich Eine Vortragsreihe an der Universität Lüneburg im Sommersemester 2004

Das Institut für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg veranstaltet im Sommersemester 2004 eine Vortragsreihe mit dem Titel „Der Nachhaltigkeitsdiskurs im Nord-Süd-Vergleich“.

Montag, 12.07.2004, 16.30 Uhr, 14.103,
„Globalising the Environmental Movement“
K. M. Thomas, Training Centre for the
Development of Ecologists (India)

Alle Vorträge finden in Gebäude 14, Raum 103 statt.
Gäste sind herzlich willkommen.

Forschungskolloquium Freie Berufe, Mittelstand und empirische Wirtschaftsforschung

Dienstag, 16.30-18.00 Uhr, Geb. 4, Raum 215

13.07.04

Prof. Dr. Albert Martin, Prof. Dr. Joachim Merz, Peter Paic, Institut für Mittelstandsforschung, Forschungsinstitut Freie Berufe, Universität Lüneburg
Selbstständige in Deutschland – Ansätze und Ergebnisse zur Existenzgründung nach dem SOEP

Veranstalter: Prof. Dr. Joachim Merz, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Prof. Dr. Albert Martin Institut für Mittelstandsforschung

Veranstaltungsvorschau: **Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung**

Vom 8. bis 10. Oktober 2004 findet am Zentrum für Demokratieforschung der Universität Lüneburg die gemeinsame Tagung des Arbeitskreises **Interkultureller Demokratievergleich** und der Ad-hoc-Gruppe **Empirische Methoden der Politikwissenschaft** der DVPW statt.

Inhalt der Tagung ist die aktuelle Diskussion um empirische Methoden in der Politikwissenschaft. Im Zentrum der Tagung steht der grundlegende Konflikt von qualitativ und quantitativ orientierten Konzepten. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten und Grenzen einzelner Analysetechniken diskutiert werden. Die Tagung verfolgt ein doppeltes Ziel. Sie soll wesentliche analytische Techniken der Vergleichenden Politikwissenschaft vorstellen und legt dabei einen besonderen Akzent auf den Praxisbezug sowie die kritische Evaluation der einzelnen Beiträge.

Kontakt:

Dipl.-Pol. Philipp Harfst,
Universität Lüneburg,
Zentrum für Demokratieforschung,
Tel.: 04131 / 78-24 72,
eMail: harfst@uni-lueneburg

Personalia

Einstellungen

Herr Maik **Adomßent**, Wiss. Angestellter, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation, befristet bis 30.06.2007
Frau Dr. Angela **Franz-Balsen**, Wiss. Angestellte, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation, befristet bis 30.06.2007
Frau Rimma **Kanevski**, Wiss. Angestellte, Fernstudien Zentrum, befristet bis 31.12.2004
Herr Marco **Rieckmann**, Wiss. Angestellter, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation, befristet bis 30.06.2007

Weiterbeschäftigungen

Herr Matthias **Barth**, Wiss. Angestellter, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation, befristet bis 30.06.2007
Frau Silke **Hetzer**, Wiss. Angestellte, Fachbereich Erziehungswissenschaften, befristet bis 31.03.2005
Frau Bibiana **Iliev**, Verw. Angestellt, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltkommunikation, befristet bis 30.09.2004
Frau Margit **Kießlich**, Verw. Angestellte, Gemeinsames Prüfungsamt, auf unbestimmte Zeit
Frau Birgit **Hein**, Wiss. Angestellte, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik, befristet bis 30.09.2007
Frau Ingrid **Mertens**, Verw. Angestellte, Immatrikulationsamt, befristet bis 31.12.2004
Herr Bernd **Nolte**, Wiss. Angestellter, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für BWL, befristet bis 30.09.2004
Herr Dr. Goddert **von Oheimb**, Wiss. Angestellter, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Ökologie und Umweltchemie, befristet bis 28.12.2004
Frau Katharina **Rensch**, Wiss. Angestellte, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik, befristet bis 30.09.2008

Abordnungen von der FH NON

Herr Prof. Dr. Thomas **Schomerus**, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltstrategien, bis 31.03.2005
Frau Inge **Voltmann-Hummes**, Sportdirektorin, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Psychologie, bis 31.03.2005

Ausgeschieden

Frau Ute **Brandt**, Verw. Angestellte, Gemeinsames Prüfungsamt, mit Wirkung ab 01.08.2004

Frau Sonja **Erl**er, Lehrkraft für besondere Aufgaben, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Ökologie und Umweltchemie, mit Wirkung ab 01.09.2004

Herr Roland **Schenke**, Arbeiter, Rechen- und Medienzentrum, mit Wirkung ab 01.06.2004 Eintritt in den Ruhestand

Promotionen

Herrn Diplom-Kaufmann Jörg Friedrich **Diesfeld** wurde am 25. Mai 2004 der Grad des Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) verliehen. Das Thema der Dissertation lautet: "Strategieoptionen für den Ausbau Strategischer Allianzen. Theoriegestützte Analyse alternativer Wachstumswege für kooperierende Unternehmen im Rahmen einer externen Unternehmensentwicklung – am Beispiel der europäischen Linienluftverkehrsgesellschaften".

Herrn Dietmar **Köhler** wurde am 01. Juli 2004 der Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) verliehen. Das Thema der Dissertation lautet: "Freiheit und System im Spannungsfeld von Hegels ‚Phänomenologie des Geistes‘ und Schellings ‚Freiheitsschrift‘".

UB

Katalog-Einführungen

Einführungen in die Nutzung des elektronischen Kataloges der Bibliothek, finden entweder an einem Mittwoch um 10.15 Uhr oder an einem Montag um 17 Uhr im Schulungsraum der Bibliothek statt und dauern etwa eine Stunde; vermittelt werden die Möglichkeiten der Suche sowohl auf der lokalen als auch auf der Verbundebene, weiterhin das Bearbeiten von Suchergebnissen sowie das Verwalten des eigenen Nutzerkontos. Ebenso werden Hinweise zum Auffinden der ermittelten Bücher in der Bibliothek gegeben.

Der letzte Termin im Sommersemester 2004:

Montag, 12. Juli.

Die Termine in der vorlesungsfreien Zeit:

Mittwoch, 18. August, Montag, 13. September,

Mittwoch, 6. Oktober, Montag 18. Oktober.

Datenbank-Einführungen

Die Bibliothek bietet auch in der vorlesungsfreien Zeit Einführungen in die Nutzung von Datenbanken an. Diese finden jeweils um **10.15 Uhr** im Schulungs-

raum der Bibliothek statt. Treffpunkt ist an der Anschlagtafel in der Halle der Bibliothek.

Die nächsten Termine:

FIS Bildung Literaturdatenbank

(deutschsprachige erziehungswissenschaftliche Datenbank)

Donnerstag, 2. September 2004.

Psyndex

(deutschsprachige psychologische Datenbank)

Dienstag, 7. September 2004.

WISO I/II

(deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Datenbanken)

Donnerstag, 9. September 2004.

Einführung in die Literatursuche im WWW

Die Bibliothek bietet auch in der vorlesungsfreien Zeit Einführungen in die Literatursuche im WWW an. Dargestellt werden Möglichkeiten der Suche nach selbständiger und unselbständiger Literatur. Vorgestellt werden dabei Kataloge, Verbundkataloge und Datenbanken. Diese Einführungen werden fachbereichsbezogen angeboten. Sie finden im Schulungsraum der Bibliothek statt und beginnen um **9.15 Uhr**. Treffpunkt ist an der Anschlagtafel in der Eingangshalle.

Der letzte Termin in diesem Sommersemester:

Einführung für Umweltwissenschaften

Dienstag, 14. September 2004

Einführung für Kulturwissenschaften

Donnerstag, 16. September 2004

Einführung für Wirtschaftswissenschaften

Dienstag, 21. September 2004

Einführung für Erziehungswissenschaften

Donnerstag, 23. September 2004

Studentenwerk

Neue Sprechzeiten für das Amt für Ausbildungsförderung (BAföG-Amt)

Ab dem **01.09.2004** ändern sich die Sprechzeiten des Amtes für Ausbildungsförderung, im Service-Center des Studentenwerks Braunschweig, Munstermannskamp 3 in Lüneburg.

Die neuen Sprechzeiten sind:

Mo, Di und Do: von 9:30 bis 12:00 Uhr, außerdem
Di von 13:00 bis 15:00 Uhr.